

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 15

Artikel: Angewöhnen an den Frieden
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093320>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Angewöhnen an den Frieden

Auch nach der Rückkehr des Präsidenten Jonas Savimbi nach Luanda bleibt die Buschbasis Jamba das Hauptquartier seiner Nationalen Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas (Unita). Die sich jetzt Partei bezeichnende Widerstandsbewegung will an der im äussersten Südosten Angolas gelegenen «provisorischen Hauptstadt» festhalten, bis nach den ersten freien Mehrparteienwahlen im Spätherbst 1992. Unterdessen beginnen die Menschen in Angola an den zwischen der Unita und der regierenden marxistischen Volksbewegung (MPLA) am 31. Mai in Lissabon geschlossenen Frieden zu glauben. Der Waffenstillstand ist bislang eingehalten worden.

Die Unita ist seit dem 16. Juni wieder offiziell in Luanda vertreten. Eine von Elias Salupeto Pena geleitete Delegation hat im Hotel «Turismo» ihr Quartier bezogen. Im Juni vor sechzehn Jahren diente dasselbe Hotel den ersten, als Touristen eingeschmuggelten, kubanischen «Internacionalistas» als Unterschlupf.

Mit deren Hilfe vertrieb die MPLA die Unita und die Nationale Front zur Befreiung Angolas (FNLA) aus der angolanischen Hauptstadt. Die stammesverwurzelte FNLA wurde in den ersten zwei Bürgerkriegsjahren von den Kubanern völlig aufgerieben. Ihr damaliger Anführer, Holden Roberto, kehrte Ende Juni aus seinem französischen Exil nach Luanda zurück.

Gemeinsame Politische und Militärische Kommission

Salupeto bekleidet den Posten eines Ministers für Wirtschaftsplanung in der Unita-Schattenregierung. Die von ihm angeführte «Vorhut» – sie zog in olivgrünen Uniformen und mit der Unita-Fahne in Luanda ein – nimmt an den Ständigen Beratungen der Gemeinsamen Politischen und Militärischen Kommission (Comissao Conjunta Politico-Militar/CCPM) teil. Die Kommission ist Bestandteil des Friedensabkommens, das Portugal, die USA und die Sowjetunion vermittelten. Es umfasst die Bestimmungen über den Waffenstillstand, über die Aufstellung einer einzigen nationalen Armee und über die Abhaltung von Mehrparteienwahlen in der Zeit zwischen September und

November 1992. Im übrigen hatten sich am 17. Juni auf dem Soweto-Platz im Stadtzentrum von Luanda 60 000 begeisterte Menschen zu einer Unita-Kundgebung eingefunden. Als die Menschenmenge «Savimbi hat bereits gewonnen» zu skandieren begann, wurde sie von der Polizei gewaltsam vertrieben.

Zwei Millionen Menschen beengen heute Luanda. Die meisten von ihnen vegetieren in «mousseques» genannten Elendshütten. Die Portugiesen hatten die angolanische Hauptstadt, die einst als das «Rio Afrikas» gepriesen wurde, für 250 000 Einwohner angelegt; heute ist Luanda eine Kloake. Nach MPLA-Statistiken fanden letztes Jahr 90 000 Kinder keinen Schulplatz. Von den etwas über acht Millionen Angolanern sind zwei Drittel jünger als 25 Jahre, und die Hälfte ist jünger als 14 Jahre.

Heikle Phase

Die CCPM überwacht derzeit die Demobilisierung der MPLA- und der Unita-Armee. Bis zum 1. August sollen sich die (offiziell) 50 000 Unita- und die 120 000 MPLA-Soldaten an fünfzig Versammlungsorten im ganzen Lande einfinden und ihre Waffen abgeben. Die Entwaffnung ist wohl die heikelste Phase des Friedensprozesses, den ausserdem etwa 650 Uno-Friedenssoldaten und -Polizisten aus dreissig Staaten überwachen helfen. Hernach bereitet die Kommission die Wahlen vor, die ebenfalls unter internationaler Aufsicht abgehalten werden sollen. Portugal, die Sowjetunion und die USA gehören der CCPM als Beobachter an.

Die MPLA und die Unita loben die «gute Zusammenarbeit» zwischen ihren Generalstäben und den jeweiligen Kommandanten am Ort. In den östlichen Provinzen Lunda und Moxico wird gemeinsam nach Minen gesucht; die Verbindungsstrasse von Luena (Luso) nach Saurimo wurde bereits gesäubert.

Ende März hätten alle sowjetischen Militärberater Angola verlassen haben sollen. Nach Angaben des amerikanischen Geheimdienstes CIA halten sich nach wie vor deren 3500 im Lande auf. Mit der Uno ist ausgemacht worden, dass sie bleiben dürfen, sofern «alle Seiten» ihre Waffenlieferungen an den

jeweiligen Verbündeten einstellen. Bis 1989 hatte die Sowjetunion der MPLA jährlich Kriegsgerät für etwa eine Milliarde Dollar geliefert; seither «schrumpfte» der Waffenbestand auf 500 Millionen Dollar im Jahr.

Abzug und Nachzug

Savimbi zweifelt daran, dass die Kubaner tatsächlich Angola verlassen haben. Gemäss den 1988 in Brazaville (Kongo) und New York 1988 geschlossenen (Angola-Namibia-) Abkommen sollten sie bis zum 1. Juli 1991 abgezogen worden sein. Havanna und die beobachtenden Uno-Überwacher verkündeten schon am 25. Mai die Heimkehr des letzten kubanischen Soldaten. Vorgängig seiner Rückkehr nach Luanda sprach der Unita-Präsident davon, dass seine Leute «ermittelten», ob die Kubaner wirklich abgezogen seien.

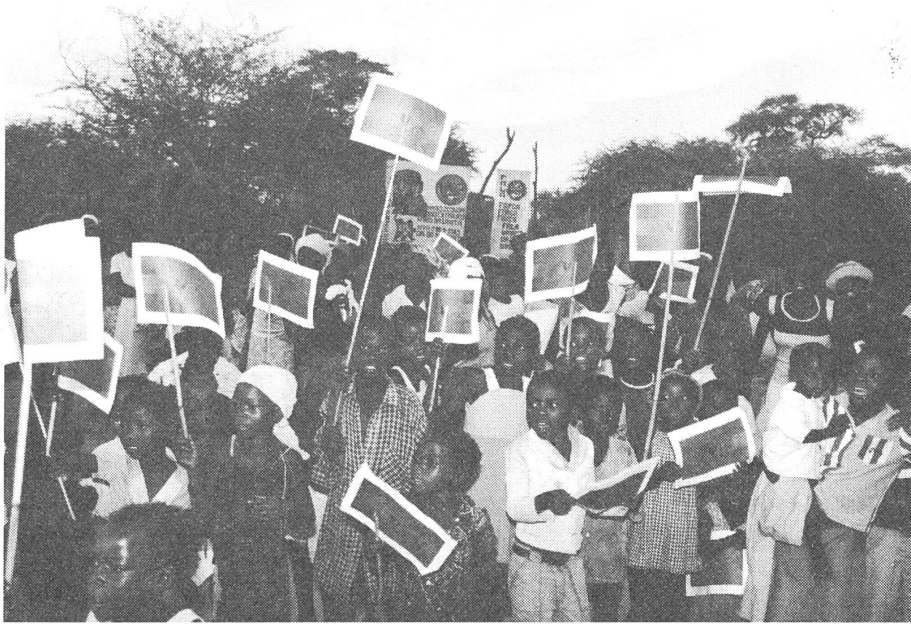
Der angolanischen Nachrichtenagentur Angop zufolge vermittelt das kubanische «Privatunternehmen» Antex AG neuerdings «Fachkräfte» an Angola. Im Rahmen eines Abkommens zwischen Antex und dem MPLA-Verteidigungsministeriums arbeiten bereits 120 «zivile medizinische Fachkräfte» für das Militärkrankenhaus in Luanda. Antex versuche ausserdem, hundert kubanische Lehrer für den Unterricht an Mittel- und Oberschulen in Angola zu gewinnen. Antex sei eine Gesellschaft «verschiedener kubanischer Unternehmen mit umfassender sozioökonomischer Erfahrung» und verfüge über ein Startkapital von 15 Millionen Dollar.

Der Schweiz verbunden

Die Armeen werden zu einer nationalen Streitmacht von 50 000 Mann, je hälftig bestehend aus MPLA- und Unita-Soldaten, zusammengeschmolzen (40 000 Heer, 6000 Luftwaffe und 4000 Marine). Portugiesen, Briten und Franzosen soll die Ausbildung obliegen. Am liebsten wären der Unita, wie aus Gesprächen herauszuhören ist, schweizerische Instruktooren. Dieser Wunsch entspringt wahrscheinlich, der tiefen Verbundenheit und Dankbarkeit der Unita-Führung gegenüber der Schweiz, vorab der Gründerväter der Bewegung, Jonas Savimbi und Tony Fernandes. Beide haben in der Schweiz studiert.

In Lausanne wurde Mitte der sechziger Jahre die Idee der Unita geboren, und Savimbi und Tony Fernandes waren erstaunt, dass sie von den Behörden nicht des Landes verwiesen und an das Portugal der «sanften Diktatur» von Antonio de Oliveira Salazar ausgeliefert wurden.

Ausserdem dienen Söhne exilierter Angolaner in unserer Milizarmee. Ihre Verbundenheit mit der Schweiz stellt die Unita mit einer schwarzen und einer weissen Hand dar, die sich fest umklammern, «flankiert»



Wahlkampfveranstaltung in Südafrika. Foto vom Autor.

vom Schweizerkreuz und dem schwarzen, «kwacha» («Afrika erwache!») krähenden Hahn auf grünrotem Hintergrund und aufsteigender Sonne mit sechzehn pfeilenden Strahlen (Angolas Provinzen).

Umworbene Kirche

Auf dem 1.-Mai-Platz in Luanda brennt seit dem 1. Juni die «Flamme des Friedens». José Eduardo dos Santos, der angolische und MPLA-Präsident, hatte sie gleich nach seiner Rückkehr aus Lissabon entzündet. Tags darauf wohnten dos Santos und seine marxistischen Minister erstmals, zusammen mit 70 000 Gläubigen, im «Citadela»-Fussballstadion einem (katholischen) Gottesdienst bei. Bis anhin war die Kirche verfolgt worden, deren Repräsentanten starker Repression ausgesetzt gewesen. Und Christen und «anderen Gläubigen» war eine MPLA-Mitgliedschaft verwehrt worden.

Savimbi, Sohn eines Bahnhofsvorstandes und Laienpfarrers, hatte – neben Dorfältesten – zwei Kirchenvertreter, Vater Katombela und Pastor Adolfo Chipaka, nach Lissabon zur Unterzeichnung des Friedensabkommens mitgenommen. Und der Unita-Präsident hatte in seiner kurzen Ansprache die Überzeugung geäußert, «dass Gott dem angolischen Volk helfen wird, sich zusammenzutun und die Vergangenheit zu vergeben und zu vergessen, weil wir nur ein Volk sind».

Dos Santos hatte von «geschaffenen Grundlagen für eine friedliche und für eine offene Ko-Existenz unter allen Angolanern» gesprochen und davon, dass die Friedenspolitik von der MPLA schon 1978 eingeführt worden sei. Jetzt seien «unterschiedliche Ziele und Gefühle unter einen Hut» gebracht worden.

Die MPLA bemüht sich im nachhinein um «Gott als Zeugen ihres guten Willens», ein Feld, das sie bis anhin völlig der Unita überlassen hatte, in deren «Freiem Land von Angola» die Kirche(n) nicht behindert wurde(n).

Die katholische Kirche könnte durchaus neben MPLA und Unita eine Rolle als dritte politische Kraft im Ringen um die Gunst der Wähler spielen. Das Episkopat in Luanda hat zwar kundgetan, die «römisch-katholische Kirche werde weder eine politische Partei bilden noch eine solche unterstützen», aber das «politische Bewusstsein der Gläubigen soll geweckt werden». Die Bewegung «Angolanische Bürgervereinigung» (ACA) steht der Kirche nahe. Geleitet wird die ACA vom ehemaligen Priester Joaquim Pinto de Andrade.

MPLA-Tarnparteien?

Das MPLA-Parlament, die Nationalversammlung, hatte am 26. Mai einer Verfassungsänderung für eine «weiterreichende Demokratie» zugestimmt. Seither sind über dreissig politische Bewegungen, Gruppierungen im ganzen Lande buchstäblich aus dem Nichts emporgetaucht und haben Anspruch auf den Status einer politischen Partei angemeldet. Dafür sind gemäss von der MPLA-Regierung erlassenen Parteien-gesetz mindestens 3000 Mitglieder und 150 Anhänger in jeder Provinz notwendig. Nur wenige dürften dazu in der Lage sein beziehungsweise bis zu den Wahlen auch überleben. Gespräche zwischen der MPLA und der Unita über ein neues Wahlgesetz sollen demnächst beginnen.

Wahl- und Medienkampf

Der Wahlkampf ist bereits entbrannt, obwohl Kandidaten noch nicht gekürt worden sind. Die Unita klagt darüber, dass Zeitungen, Radio und Fernsehen – und die Einnahmen aus dem Erdölgeschäft von gegenwärtig mehr als zwei Milliarden Dollar, bei einer Tagesförderung von 50 000 Barrel – von der MPLA kontrolliert werden. Es sei nicht leicht «in einer solchen Umgebung» einen Wahlkampf zu führen. Auf ihrem sieben-ten Kongress Mitte März hatten die 3081 Unita-Delegierten beschlossen, kein Geld von der MPLA-Regierung anzunehmen und eine eigene Fernsehstation zu errichten. Von hohen Unita-Vertretern ist im Gespräch der phantastische Betrag von einer Milliarde Dollar genannt worden, den man für den Wahlkampf brauche.

Derweil sind die Antennen der «Stimme des Widerstandes des schwarzen Hahnes» (Vorgan) in Jamba, des Unita-Senders, auf Luanda ausgerichtet. Dort und in den Provinzhauptstädten verfügt die MPLA über den grössten Anhang, das heisst, über einen intakten Parteiapparat. Die Unita «beansprucht» die kleineren Städte, die Ortschaften und die bäuerlichen Gebiete, vorab das Zentrale Hochland, das Stammesgebiet der Ovimbundu von Savimbi, und den Südosten des Landes.

Auf die Ovimbundu entfallen 37% der Bevölkerung, auf die der MPLA nahestehenden Kimbundu 25% und auf die Mischlinge 2%! Die Bakongo, der Stamm der früheren FNLA, machen 13% und die Europäer 1% aus; 85% der von der MPLA-Regierung angegebenen 2,8 Millionen Erwerbstätigen sind in der Landwirtschaft beschäftigt.

Kubanische Befürchtungen

Nach den Vorstellungen (und Wünschen?) des amerikanischen Statedepartements bestände die beste Lösung nach den Wahlen in der Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit, mit einem Präsidenten Jonas Savimbi und einem Regierungschef José dos Santos. In Washington scheint die zusehender werdende Ansicht vorzuherrschen, dass selbst bei einem MPLA-Wahlsieg diese sich «ideologisch» derart gewandelt haben wird, dass die Volksbewegung ihre früheren festen Bindungen zur Sowjetunion aufgibt und Angola dem Westen «zugeschlagen» werden könne.

Die kubanische Wochenzeitung «Trabajadores» äusserte unlängst die «Befürchtung», dass in Angola «ein ähnliches Schema» angewandt werde wie seinerzeit in Nicaragua, «um der sandinistischen Regierung den Garaus zu machen». Da es nicht gelungen sei, die MPLA mit Waffen zu besiegen, strebten die USA die «Vernichtung der Volksbewegung» mit Wahlen an. ■